Antrag der Ratsgruppe DIE LINKE im Rat der Stadt Krefeld

-öffentlich-



DIE LINKE Ratsgruppe Krefeld Von-der-Leyen-Platz 1 47798 Krefeld Tel. 02151-862012 dielinke-fraktion@krefeld.de

Vorlagennummer

5882/24 A

Krefeld, 05.02.2024

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
Rat	07.02.2024	beschließend

Kooperation mit palästinensischen Kommunen - Einbringung eines Antrags der Ratsgruppe Die Linke

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

hiermit ziehen wir den Antrag 5626/23 vom 28.11.23 zurück und bitten darum, unter dem bestehenden TOP folgenden Antrag zur Abstimmung zu stellen:

- 1. Der Rat der Stadt Krefeld erklärt seine grundsätzliche Bereitschaft zur schnellstmöglichen Fortführung, bzw. Wiederaufnahme der Kooperation mit den palästinensischen Kommunen Aroura, Ma-zari Al-Nubani (beide bildeten vormals Bani Zeid al-Sharqiya) und Aizaria.
- 2. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, das Angebot der Bürgermeister der drei Kommunen zu einer weiteren Zusammenarbeit vom Frühjahr 2023 positiv zu beantworten.
- 3. Der FB 56 wird beauftragt, die Kommunikation mit der "Servicestelle Kommunen in der einen Welt" (SKEW) des öffentlichen Unternehmens "Engagement Global gGmbH" (Service für Entwicklungsinitiativen) wiederaufzunehmen und kontinuierlich zu führen.
- 4. Unverzüglich werden von Seiten des FB Migration und Integration mit den bisherigen palästinensischen Partnerkommunen Gespräche aufgenommen zur Initiierung neuer partnerschaftlicher Projekte.

Drucksache 5882/24 A Seite - 2 -

Begründung

Durch intensive Recherchen und u.a. Gespräche mit der SKEW der Engagement Global gGmbH hat Die Linke. Ratsgruppe Krefeld herausgefunden:

Das Bundesministerium für wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit (BMZ) finanzierte bis zum 07.10.2023 kommunale Projekte im Rahmen des Programms "Kommunale Partnerschaften" auch zwischen bundesdeutschen und palästinensischen Kommunen im Volumen von bis zu jeweils 50.000 €. Ab 2024 sind für die Unterstützung solcher Projekte keine offiziellen Übereinkünfte zwischen den palästinensischen und deutschen Kommunen mehr nötig.

Nach dem Überfall der Hamas auf israelische Menschen hatte das BMZ seine Hilfe für palästinensische Gemeinden überprüft. Am 13.12.23 berichtete das BMZ, dass nach positiver Beendigung der Prüfung die Entwicklungszusammenarbeit wiederaufgenommen wird.

Es gab seitens der Verantwortlichen der palästinensischen Partnerkommunen auch noch im März 2023 Versuche, mit der Krefelder Verwaltungsspitze Kontakt aufzunehmen. Der Linken. Ratsgruppe Krefeld liegt eine E-Mail der drei Bürgermeister der Kommunen an Oberbürgermeister Meyer vor. In dieser bitten sie um die Nennung möglicher Probleme bei der Kooperation und bieten ihre Bereitschaft zur Klärung dieser Probleme und zur weiteren Kooperation an. Nach unserem Kenntnisstand wurde diese Anfrage nicht von der Krefelder Verwaltung beantwortet.

Mit freundlichen Grüßen

Stephan Hagemes Ratsgruppe Die Linke